NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

September 2009 www.oekumenisches-netz.de

Liebe Leserinnen und Leser,

das zweite Netz-Telegramm in diesem Jahr konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte: Der Leitartikel stellt Ihnen / Euch die bei der letzten Netzversammlung im Juli 2009 vorgetragene Analyse zu den Ursachen der globalen Wirtschaftskrise vor.

Der zweite Artikel leistet einen Beitrag zum 50jährigen Jubiläum der Bolivienpartnerschaft des Bistums Trier. Wir hoffen, dass dieser Artikel auf Interesse bei denen stoßen wird, die in der Bolivienpartnerschaft aktiv sind, aber auch bei denen, die sich für das Verhältnis von sozialen Bewegungen, linken Regierungen und Kirche in Bolivien interessieren.

Das Netz arbeitet seit 1992 zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Um unsere Arbeit zu finanzieren, sind wir auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Wir freuen uns über jeden Menschen und jede Gruppe, die unsere Arbeit als Mitglied unterstützen möchte. Ein Aufnahmenantrag ist auf der letzten Seite dieses Netz-Telegramms abgedruckt. Vielleicht möchten Sie ja Mitglied werden?

Eine gute Lektüre wünscht,

Sabine Ferenschild

Inhalt

Die Krise verstehen	1
Nachrichten aus der Region	4
Bolivien in der Krise	5
Mitglieder stellen sich vor	8
Kampagnen	9
Termine	10
Aufnahmeantrag	12

„Die Krise verstehen“

von Herbert Böttcher

Auf den Weg des nicht ganz einfachen Versuchs, die Krise zu verstehen, hatte sich die Netzversammlung im Juli begeben. Wenn man Experten-, Politiker- und Medienmund glauben dürfte, wäre das eine überflüssige Veranstaltung gewesen. In ihren Verlautbarungen wird der Eindruck erweckt, es stehe ein neuer Aufschwung bevor, der aus der Krise führe. Dies stößt auf die offenen Ohren derer, die sich gerne beruhigen und in der Illusion wiegen lassen möchten, irgendwie ginge doch alles weiter wie bisher.

Bereits ein Blick auf die bei den Optimisten ausgeblendeten Zusammenhänge lässt eine andere Wirklichkeit erkennen. Als Beleg für den beginnenden Aufschwung in Deutschland gilt dem Handelsblatt ein Wachstum von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Was aber ein neuer Aufschwung wettmachen müsste, ist eine um 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gefallene Wirtschaftsleistung. Ähnliche Zahlenverhältnisse werden weltweit registriert. Angesichts des vom Kieler Institut für Weltwirtschaft mit ca. drei Billionen US-Dollar bezifferten Umfangs an Konjunkturhilfen weltweit wirken die registrierten Wachstumsraten eher bescheiden. Vor allem aber ist problematisch, dass der bescheidene Aufschwung durch enorme Haushaltsdefizite erkauft ist, die Wirtschaft also am Tropf einer gigantischen Defizitkonjunktur hängt. Die Defizite müssen bezahlt werden. In Deutschland sind von den öffentlichen Haushalten in den nächsten vier Jahren fast 180 Milliarden Euro ausschließlich an Zinszahlungen aufzubringen.

Diese Defizitkonjunktur ist nichts anderes als eine illusionäre Verpfändung der Zukunft. Nichts gibt Anlass zu der Hoffnung, durch künftiges Wachstum ließen sich die Defizite ausgleichen. Was sich in der Automobilindustrie abspielt, ist symptomatisch für die Entwicklung der Industrie insgesamt. In vielen Regionen der Welt schrumpft die Zahl der in der

Industrie Beschäftigten. Die Folge sind Prozesse der Deindustrialisierung mit den entsprechenden sozialen und infrastrukturellen Verwerfungen. Aus diesen Bereichen ist kein neues Wachstum zu erwarten. Im Gegenteil, sie müssten durch anderes Wachstum aufgefangen werden.

Noch dramatischer zeigt sich die Krise in Ländern der Zweidrittelwelt. Hier trifft sie auf eine Situation, in der sich das Scheitern der Illusionen einer kreditfinanzierten nachholenden Entwicklung schon seit Jahrzehnten in den Ruinen der gescheiterten ‚Entwicklung' zeigt. Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik bezeichnet den Rückgang im Außenhandel um 29% als das „schlimmste Ereignis für die Region seit 72 Jahren". Er ist begleitet von einem Rückgang der Auslandsinvestitionen um 70 Milliarden US-Dollar sowie der Überweisungen der ArbeitsmigrantInnen um zehn Prozent von ca. 69 auf 62 Milliarden US-Dollar. Die mit dem Wirtschaftseinbruch verbundene soziale Krise übertrifft die sozialen Folgen der Asienkrise (1998) ebenso wie der lateinamerikanischen Schuldenkrise (1982).

Auch die Erfolgsmeldungen vom wieder anspringenden Investmentbanking sind keine Beruhigung, sondern Ausdruck der Krise. Während die Kreditvergabe sinkt und von Kreditklemmen die Rede ist, steigen die Spekulationsgeschäfte schon wieder. Sie werden begünstigt von einer expansiven Geldpolitik der Zentralbanken und gesenkten Leitzinsen. Die freigesetzten Gelder fließen aber mangels hinreichender Aussicht auf Rendite nicht in die Realwirtschaft, sondern bilden neue Blasen auf den Finanzmärkten. Die Spirale kann bzw. soll sich wieder neu drehen: Geld, das sich nicht hinreichend über die Produktion von Waren vermehren lässt, fließt in die scheinbare Geldvermehrungsmaschine auf den Finanzmärkten.

Wenn wir uns nicht blenden lassen wollen, bleiben unsere Versuche, „die Krise zu verstehen", eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, die wirtschaftlichen und politischen Szenarien des Umgangs mit der Krise zu beurteilen. Vor allem aber macht uns das Leid von Menschen hellhörig. Schon bevor die Krise in den westlichen Ländern medial registriert wurde, hat sie Leben und Lebensgrundlagen ungezählter Menschen vernichtet. Dies vor allem führt uns zu der Frage, wie diese zerstörerische Dynamik analysiert werden kann. Was treibt Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit, in Flucht und Migration? Was treibt den Globus in Zerfallsprozesse, die sich dann in Warlordisierung und der Barbarisierung von Konflikten zeigen? Was zerfrisst die sozialen und ökologischen Grundlagen des Lebens?

Die sog. Krise der Finanzmärkte ist Ausdruck der Krise des Kapitalismus, die sich zerstörend auf das Leben und die Grundlagen des Lebens auswirkt. Daher ist es nötig, den Kapitalismus und seine zerstörerische Krisendynamik zu analysieren. Dazu müssen wir auf marxistische Begriffe und Zusammenhänge zurückgreifen. Zu fragen ist, was den Kapitalismus und seine Zerstörungsdynamik im Kern ausmachen. Also:

Wie lässt sich der kapitalistische Form- bzw. Systemzusammenhang beschreiben?

Nach Marx ist das Formprinzip des Kapitalismus die Produktion von Waren. Die Ware drückt der kapitalistischen Gesellschaft ihren Stempel, ihren Charakter auf. Sie bestimmt ihr ‚Wesen', ihre Form. Deshalb sprechen wir von der kapitalistischen Gesellschaft als einer warenproduzierenden Gesellschaft.[1]

Abstrakter Wert

Die kapitalistische Produktion von Waren zielt nicht darauf ab, nützliche Güter zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse herzustellen. Waren werden nicht für das Leben von Menschen, sondern als Träger von Tauschwert produziert. Sie sollen getauscht werden. Am Ende des Prozesses von Produktion und Tausch steht ein durch Arbeit produzierter und im Tausch realisierter Mehr-Wert. Kapitalistische Warenproduktion zielt also darauf ab, Wert und Mehr-Wert zu produzieren. Dies geschieht durch einen Prozess der Verwandlungen. Der in der Produktion geschaffene Wert der Ware wird durch ihren Verkauf in Geld verwandelt. Das Geld wiederum wird zum Kapital, wenn es zur Produktion von Waren eingesetzt wird. Das Ziel der Veranstaltung ist es, durch einen Prozess der Verwandlungen (des als Kapital eingesetzten Geldes (G) in Waren (W) und der Rückverwandlung des Werts der Waren in Geld (G)) aus Geld mehr Geld (G') zu machen.

Abstrakte Arbeit als Substanz des Kapitals

Die Vermehrung des Geldes ist nur möglich durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Da die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse lediglich ein Nebeneffekt, nicht aber der Zweck kapitalistischer Produktion ist, geht es auch beim Einsatz menschlicher Arbeit nicht um den konkreten Inhalt der Arbeit: die Produktion eines nützlichen Gutes. Was zählt, ist wiederum abstrakt: „die Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Herz, Hand usw." (Marx). Es kommt also nicht darauf an, was produziert wird, sondern wie viel. Es zählt nicht die Qualität, also der Inhalt der Arbeit, sondern gegenüber dem Inhalt der Arbeit gleichgültige Quantitäten. Die Verausgabung gegenüber ihrem Inhalt gleichgültiger, also abstrakter Arbeit ist die zur Akkumulation des Kapitals notwendige Substanz.

Ihre Verausgabung zielt auf einen abstrakten Selbstzweck: Wert um seiner selbst willen zu vermehren. Dies geschieht in einem gleichsam unendlichen Prozess der Verwandlungen von Kapital in Ware, von Ware in Geld, das als Kapital wieder in den Verwertungsprozess zurückfließt. Auf diesen abstrakten Selbstzweck der ständigen Verwertung des Werts – nicht auf die Produktion stofflichen Reichtums zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse – ist die kapitalistische Gesellschaft im Formzusammenhang von Ware, Geld, Kapital, abstrakte Arbeit ausgerichtet. Darin, dass sie vom menschlichen Leben abstrahiert, ja konkretes menschliches Leben ihrem abstrakten Selbstzweck opfert, liegt ihr Fetischcharakter begründet. Dies ist ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für die theologische Zuspitzung der Kapitalismuskritik in „Das Ganze verändern". Wo das konkrete Leben Götzen unterworfen bzw. geopfert wird, kann aus der Perspektive der jüdisch-christlichen Gottestradition nur noch das prophetische Nein stark gemacht werden. Über diese Kritik hinaus wäre der innere

[1] Der folgende Versuch einer Beschreibung verdankt vieles dem wertkritischen Ansatz der Kapitalismuskritik, wie er von Robert Kurz und der Gruppe Exit vertreten wird. Aus der Fülle der Texte und Veröffentlichungen seien nur genannt: Marx lesen. Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Herausgegeben und kommentiert von Robert Kurz, Frankfurt am Main 2001 und Robert Kurz, Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin 2005. Die ausführliche Fassung des diesem Artikel zugrunde liegenden Referats "Die Krise verstehen" kann von der Homepage des Netzes heruntergeladen werden (www.oekumenisches-netz.de)

Zusammenhang von kapitalistischer Form und Krise in den Blick zu nehmen.

Kapitalistischer Formzusammenhang und Krise

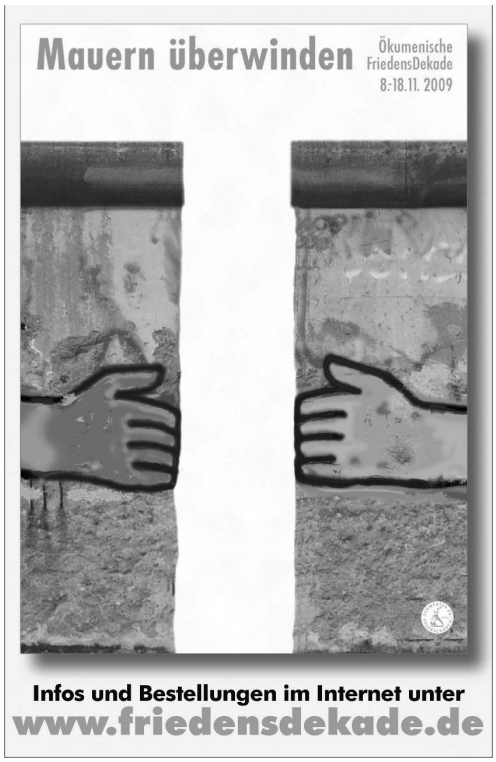
Mit dem kapitalistischen Formzusammenhang sind einzelne konjunkturelle Krisen und die Krise als Krise des Systems untrennbar verbunden; denn die kapitalistische Selbstzweckbewegung der Verwertung des Werts stößt auf eine innere logische Schranke, einen inneren Widerspruch. Zum einen lebt das kapitalistische System von der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft. Nur durch ihre Verausgabung können Wert und Mehrwert geschaffen werden. Zum anderen erzwingt die betriebswirtschaftliche Konkurrenz der Einzelunternehmen eine ständige Steigerung der Produktivität. Wer produktiver ist, hat einen Vorteil in der Konkurrenz; wer verliert, riskiert, aus dem Rennen geworfen zu werden. Die Produktivität steigt also, wenn menschliche Arbeitskraft durch Sachkapital ersetzt wird, das dem neuesten wissenschaftlichen Stand entspricht. Der Vorteil in der Konkurrenz ist aber damit erkauft, dass mit der Verdrängung menschlicher Arbeitskraft dem Kapitalismus seine Substanz entzogen wird. Arbeit wird durch Sachkapital ersetzt. Gleichzeitig türmen sich immer neue Kosten auf, um den Prozess der Vermehrung des Kapitals am Laufen zu halten. Es steigen die Kosten für die Prozesse der Verwissenschaftlichung der Produktion, für die Eroberung von Märkten, für die Alimentierung der zerstörerischen sozialen und ökologischen Folgen.

Da der Anteil an verausgabter Arbeit sinkt, sinkt tendenziell auch die durch sie produzierte Wertmasse. Mit der Arbeit geht dem Kapital die zu seiner Vermehrung notwendige Substanz aus. Der Fortschritt an Produktivität bringt zwar betriebswirtschaftlich Vorteile in der Konkurrenz, untergräbt aber gesamtwirtschaftlich die Arbeit als die Quelle von Wert und Mehr-Wert und damit die Substanz des Kapitals. In diesem Widerspruch liegt die mit dem Kapitalismus grundsätzlich verbundene Krisendynamik begründet.

Ausweitung der Produktion und Finanzmärkte als Kompensationen der Krise

Der Substanzverlust der kapitalistischen Produktion konnte durch die Ausweitung der Produktion, also durch Verbilligung infolge von Massenproduktion und die Erweiterung von Märkten, eine Zeit lang ausgeglichen werden. Mit der mikroelektronischen Revolution ist aber die Grenze der Expansionsmöglichkeiten erreicht. Nun wird mehr Arbeit wegrationalisiert als durch neue Märkte aufgefangen werden könnte.

Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion verbindet sich das Problem des Kredits. Firmen müssen Kredite aufnehmen, um die neuesten technischen Innovationen bei steigendem Risiko vorzufinanzieren. Auch der Staat verschuldet sich, weil er die Gesamtveranstaltung von der Förderung von Wissenschaft und Forschung, über Bildung, Sicherheit bis hin zu sozialen und ökologischen Folgen finanzieren soll. Die Finanzierung durch Kredite bedeutet aber, dass nicht



die Vernutzung gegenwärtiger Arbeit, sondern die Vernutzung künftiger Arbeit die Grundlage der Finanzierung bildet.

Die Verschuldung der Staaten bereitet dem Neoliberalismus den Weg. An die Stelle der Finanzierung der kapitalistischen Veranstaltung durch Staatsverschuldung und private Kreditaufnahme tritt die Finanzierung durch spekulative Geldvermehrung. Kreditgeld wird zur Ausgangsbasis für Spekulationen. Nicht bezahlbare Kredite werden umgeschuldet, d.h. faul gewordene Kredite werden mit neuen Krediten und höheren Zinsen bedient. Der Handel mit Eigentumstiteln erzeugt rein fiktive Wertsteigerungen. Das Kapital akkumuliert nicht real durch die Verausgabung von Arbeit, sondern fiktiv durch Kauf und Verkauf von Finanztiteln. Akkumulation wird zur Scheinakkumulation, die nicht mehr durch realen Wert gedeckt ist. Sie entkoppelt sich von der Arbeitssubstanz. Gleichzeitig kommt es zu einer Rückkoppelung. Substanzlose, weil durch keinen realen Wert gedeckte Gelder, fließen in die Realwirtschaft und dienen der Finanzierung von Konsum und Produktion. Die Realwirtschaft hängt am Tropf der Scheinakkumulation. Wenn die durch Scheinakkumulation aufgeblasenen Blasen platzen, kommt es zu Krisen mit den beschriebenen verheerenden Folgen.

Politischen Einsichten aus der Analyse

Armut und Arbeitslosigkeit ebenso wie Migration und Flucht werden als mit der Krise des Kapitalismus verbundene Katastrophen erkennbar. Menschen, deren Arbeitskraft keine Verwertung mehr findet, werden als ‚Überflüssige' ausgegrenzt und als belastende Kostenfaktoren wahrgenommen. Gleichzeitig sind die Verwertbaren einem immer schärferen Verwertungsdruck ausgesetzt. Sie sollen für weniger Lohn und soziale Sicherheit länger und in verdichteten Arbeitsprozessen arbeiten – mobil (an jedem Ort), flexibel (zu jeder Zeit) und eigenverantwortlich sich selbst verwerten.

Der Krisenkapitalismus zeigt sich nicht einfach als imperialer Ausdehnungskapitalismus, sondern als Eingrenzungs- und Ausgrenzungskapitalismus. Entsprechend zielt die Politik darauf, Menschen und (Stand-) Orte den Gesetzen der Kapitalverwertung zu unterwerfen und gleichzeitig die für die Kapitalverwertung überflüssigen Menschen und Orte auszugrenzen und unter Kontrolle zu halten. Im Krisenzusammenhang des Kapitalismus kann eine auf Systemerhaltung zielende Politik offensichtlich nichts anderes sein als perspektivlose Krisenverwaltung. Dies zeigt sich auch im Schwinden politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Parteien unterscheiden sich lediglich in Modalitäten der Krisenverwaltung, nennen dies Realpolitik und betonen ansonsten die Alternativlosigkeit ihres politischen Agierens. Entsprechend ‚alternativlos' wird Sozialabbau exekutiert und versucht – solange die Mittel dafür reichen – durch Polizei und Militär, die ‚Sicherheit' (Zugang zu Rohstoffquellen, Aufstandsbekämpfung, Kampf gegen Flüchtlinge ...) zu garantieren, die für das System nötig erscheint. Was dies bedeutet, zeigt sich an den europäischen Außengrenzen ebenso wie bei den weltweiten Militäreinsätzen.

Mit dem Abschmelzen der Arbeitssubstanz und dem Ende der Kompensationsmöglichkeiten ist der Kapitalismus offensichtlich auf unüberwindbare Grenzen gestoßen. Politisches Handeln von sozialen Bewegungen darf sich deshalb nicht damit zufrieden geben, Einfluss auf die staatliche Krisenverwaltung zu nehmen. Mit Verschärfung der Krise werden sich auch Sozialabbau und Repression weiter verschärfen. Nicht in deren abmildernder Mitgestaltung, sondern im Widerstand dagegen müsste die politische Perspektive gesucht werden. Zu verabschieden sind Illusionen, die sich in sog. realpolitischen Forderungen zeigen. Die auch von attac geforderte Re-Regulierung der Finanzmärkte würde lediglich die Löcher stopfen, die eine zeitlich begrenzte Kompensation der Akkumulation ermöglicht hatte. Als ebenso illusionär dürften sich die Rettungsaktionen des Staates für Banken und Konzerne erweisen. Sie setzen auf ein künftige Wertschöpfung, die durch die realen Wertschöpfungsmöglichkeiten nicht gedeckt ist.

Die in kirchlichen Kreisen verbreitete Moralisierung der Krise erweckt den Eindruck, sie sei Folge individueller Gier und Skrupellosigkeit. Wenn die Krise aber Ausdruck der mit dem System verbundenen inneren Schranke der Kapitalverwertung ist, kann sie weder durch bessere Einzelmoral noch durch individuell redlichere Politiker überwunden werden. Wer nicht will, dass das Leben von Menschen durch die beschriebene Krisendynamik zerstört wird, wird den kapitalistischen Formzusammenhang als Herrschaftsverhältnis begreifen und als Ganzes in Frage stellen müssen. Dann geht es nicht um Alternativen innerhalb der kapitalistischen Krisenverwaltung, sondern um Alternativen zum Kapitalismus. Dies setzt die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Alternative voraus.

Auf der Grundlage solcher Einsichten wären politische Forderungen zu entwickeln, die nicht hinter die Analyse zurückfallen. Als Perspektive lässt sich die Ausrichtung der Produktion auf die Befriedigung der Bedürfnisse von Menschen nennen. Dies geht nur, wenn Menschen gemeinsam planend ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, statt es von der Unterwerfung unter die kapitalistische Selbstzweckbewegung abhängig zu machen. Vor diesem Hintergrund machen Forderungen wie Mindestlohn, Abschaffung von Hartz IV, Schutz von Flüchtlingen durchaus Sinn – erst recht, wenn sie realpolitisch, d.h. im kapitalistischen Formzusammenhang nicht ‚finanzierbar' sind und so auf dessen Überwindung drängen. Das menschliche Recht auf Leben und Zugang zu den zum Leben nötigen Gütern ist ebenso wenig verhandelbar wie die gegenseitige Anerkennung von Menschen jenseits von Markt und Staat.

Nachrichten aus der Region

Abgeschoben in die angebliche Heimat Ein Besuch bei Familie Yildirim

Flüchtlinge sind nirgends willkommen – und wenn sie in ihre angebliche Heimat abgeschoben werden ebenfalls nicht. Das sind die Erfahrungen, die Pastoralreferent Werner Huffer-Kilian bei seinem Besuch in der Türkei bei Familie Yildirim gesammelt hat. Vorausgegangen war die gewaltsame Herausnahme der Familie aus dem Kirchenasyl durch die Polizei in Koblenz am 31.10.2006. In VW-Bussen wurde die Familie nach Frankfurt zum Flughafen gebracht und nach Istanbul geflogen.

Pfarrer Thomas Corsten und Pastoralreferent Werner Huffer-Kilian besuchten die Familie Yildirim vor einigen Monaten. Sie nutzten ihren Besuch, den Alltag mit der Familie zu verbringen. Dank des Koblenzer Unterstützerkreises ist der Familie nun ein Leben in bescheidenen Verhältnissen, aber in gewisser Sicherheit möglich. Eine ausführliche Schilderung zur aktuellen Situation der Familie Yildirim sowie ihre Integration in das Dorf Tepeüstü und die Stadt Nusaylin, ihrem neuen Lebensmittelpunkt, steht als vollständiger Bericht auf der Netz-Homepage. (www.oekumenisches-netz.de)

Charlotte Suszynski

Familie Yildirim mit Pfarrer Thomas Corsten (r.) und Werner Huffer-Kilian (2.v.r.)

Foto: W. Huffer-Kilian

Die Krise und der Süden

Seit 2008 sind die Medien voll mit Nachrichten über die Krise. Allerdings konzentrieren sich diese Nachrichten weitgehend auf die Auswirkungen und Maßnahmen zur Krisenbewältigung im Norden.

Das Ökumenische Netz bietet interessierten Gruppen eine Vortragsveranstaltung zu den Folgen der Krise im Süden an. Wenn Sie an einem konkreten Land interessiert sind, kann dies gerne als Beispiel eingebaut werden.

Wer Interesse an einer Abendveranstaltung von ca. 1,5 – 2 Stunden Dauer mit der Netzreferentin Sabine Ferenschild hat, melde sich bitte im Netzbüro (s. Kontakt).

Impressum:

Netz-Telegramm September 2009

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 September 2009

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Bolivien in der Krise – Bolivien vor den Wahlen

von Sabine Ferenschild

Die Bolivienpartnerschaft des Bistums Trier feiert 2009/2010 ihr 50. Jubiläum. Zahlreiche Jubelveranstaltungen hier wie dort sind geplant. Die bolivianische Gesellschaft hat sich in diesen fünf Dekaden grundlegend verändert – dies wird insbesondere seit dem Beginn der Regierung Morales deutlich.

Seit die linksgerichtete Regierung unter Evo Morales Anfang 2006 die Amtsgeschäfte übernommen hat, spricht sie von einer „Neugründung Boliviens". Wichtige Schritte auf dem Weg der Neugründung sollten die Verabschiedung einer neuen Verfassung sowie ein neues Wirtschaftsmodell mit einem neuen Eigentumsverständnis und dem Ziel des „Guten Zusammenlebens" sein. Für die katholische Kirche Boliviens bedeutet diese „Neugründung" den Schritt von der Staatsreligion zu einer von mehreren gleichberechtigten Religionen in einem säkularen Staat.

Veränderung durch soziale Bewegungen

Seit Ende der 1980er Jahre erstarkten die sozialen Bewegungen in Bolivien. Als Reaktion auf die neoliberale Ausrichtung der bolivianischen Wirtschaft unter Präsident Estenssoro organisierten sich KleinbäuerInnen, Indigenas und Gewerkschaften auf vielfältige Weise. Sie leisteten sich so gegenseitige Überlebenshilfe und äußerten zugleich zunehmend ihren politischen Protest. Höhepunkte dieses Protests waren der Wasserkrieg in Cochabamba gegen die Privatisierung der Wasserversorgung (2001) und der Erdgaskrieg gegen den Ausverkauf der nationalen Gasvorkommen zu Dumpingpreisen (2002/03). Die mit diesen erfolgreichen Kämpfen einhergehende weitere Stärkung des indigenen Selbstbewusstseins trug entscheidend zum Wahlsieg des ersten Indio-Präsidenten Evo Morales und seiner Partei „Bewegung zum Sozialismus" (Movimento al Socialismo – MAS) bei.

Zwischen Integration ...

Das Programm, das sich die neue Regierung im Nationalen Entwicklungsplan 2006-2010 gegeben hat, scheint die Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler zu erfüllen: Die Regierung will sich auf die Armutsbekämpfung und die Schaffung einer integrierten Gesellschaft durch die Abschaffung ihrer kolonialen und neoliberalen Merkmale (Ausgrenzung und Abwertung der indigenen Bevölkerungsteile, Privatisierung und Liberalisierung) konzentrieren:

In diesem Sinne hat sie durch drastisch erhöhte Lizenzgebühren für die Erdölförderung die Staatseinnahmen deutlich gesteigert und so Mittel für die Armutsbekämpfung gewonnen. Dieses Plus wurde zwar durch den Verfall der Rohstoffpreise im Zuge der globalen Wirtschaftskrise geringer, aber nicht aufgezehrt.

Hommage an Evo Morales durch den Circus Amok. *Foto: David Shankbone (CC-BY-SA)*

In die am 25. Januar 2009 per Referendum angenommene Verfassung wurden indigene Rechtsvorstellungen aufgenommen. Neben dem Privateigentum sind jetzt auch kollektives Eigentum und kommunitäres oder „Gemeineigentum" verfassungsrechtlich verankert. Privateigentum unterliegt laut Verfassung einer Sozialpflichtigkeit, die vom Staat überprüft wird, und in Bezug auf Landbesitz einer Höchstgrenze von 5.000 ha.

... und Polarisierung

Dass ein solches Programm nicht einmütig und im Konsens mit den traditionellen Eliten umgesetzt werden kann, liegt nahe. Die Wirtschaftseliten und Großgrundbesitzer aus der sog. „Media Luna", dem „Halbmond" der vier Tieflandprovinzen Santa Cruz, Tarija, Pando und Beni, bilden aktuell die größte Bedrohung für das Projekt der „Neugründung" Boliviens. Seit den 1970er Jahren haben diese Provinzen sich durch eine agroindustrielle Umstrukturierung (finanziert nicht zuletzt durch die Einnahmen des Staates aus dem Bergbau in den Hochlandprovinzen) zur treibenden Kraft der Weltmarkteinbindung Boliviens entwickelt. Dort wurden vor einigen Jahren die reichhaltigen Erdöl- und Erdgaslagerstätten Boliviens erschlossen. Dementsprechend heftig ist der Widerstand der Provinzregierungen gegen Verstaatlichungskonzepte und Begrenzung oder Enteignung von Großgrundbesitz. Der Widerstand reicht bis zum Versuch der Durchsetzung der politischen Autonomie.

Die politische Lage hat sich in den letzten Jahren so zugespitzt, dass Regierungsmitglieder nicht ohne Lebensgefahr ins Tiefland reisen können. Dies wurde zuletzt deutlich, als die Interamerikanische Menschenrechtsorganisation im April 2008 an den bolivianischen Staat appellierte, die sklavereiähnlichen Verhältnisse, unter denen 3000 Guarani-Familien auf einer Hazienda in der Provinz Santa Cruz lebten, unverzüglich zu beenden. Versuche von Regierungsmitgliedern, in die Region zu reisen, wurden laut Menschenrechtsreport 2008 der Gesellschaft für bedrohte Völker durch Bedrohungen seitens lokaler Kräfte unterbunden.

Die Polarisierung in der bolivianischen Gesellschaft scheint also zunächst einmal auf der Tatsache begründet, dass die Morales-Regierung Interessen der Bevölkerungsmehrheit artikuliert und durchzusetzen versucht, die bisher unterdrückt waren. Der Vorwurf, Morales würde mit seiner sozialistischen Politik Bolivien spalten, mutet da sehr einseitig an. Diese Spaltung geht eher von den bisherigen Eliten aus, für die die Gesellschaft für bedrohte Völker deutliche Worte findet: „Der Glaube an die eigene ethnische Überlegenheit und die Abwertung der indigenen Völker durchziehen alle Debatten der zivilen und politischen Handlungsträger der Opposition in den östlichen Verwaltungsbezirken. In den Privatmedien unter Kontrolle der Oberschicht wird einseitig, manipulierend und aufhetzend über die indigenen Völker und ihre politischen und kulturellen Aktivitäten berichtet."

Zu viele Kompromisse?

Ein Blick hinter (polarisierende) Schlagworte wie „Verstaatlichung" und „Enteignung", aber auch „Armutsbekämpfung", erweckt den Eindruck, als handele es sich bei den Polarisierungs-Vorwürfen gegen Morales um ein Ablenkungsmanöver. Dieses soll vor allem Angst und Unsicherheit erzeugen.

Die angebliche „Verstaatlichung" der Erdgas – und Erdölförderung reduziert sich bei genauerer Betrachtung auf eine drastische Erhöhung der Lizenzgebühren für die privatwirtschaftlich betriebene Förderung. So kontrolliert zum Beispiel der brasilianische Konzern Petrobras 46% der bolivianischen Erdölvorkommen. Der Versuch der bolivianischen Regierung, insbesondere von US-Konzernen sowie von den USA unabhängiger zu werden, führt zu einer zunehmenden Abhängigkeit von Brasilien. Vielleicht kann der im April 2006 vollzogene Beitritt zur lateinamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra America – Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerika) hierzu ein Gegengewicht werden. (ALBA wurde Anfang 2005 als Kooperation zwischen Venezuela und Kuba gegründet. Mittlerweile gehören neben Bolivien auch Nicaragua und der Inselstaat Dominica dazu. ALBA soll eine Alternative zu der von den USA forcierten gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA sein.)

Mit dem Verfassungsreferendum am 25.1.09 wurde als Höchstgrenze für Landbesitz eine Fläche von 5.000 Hektar festgelegt. Großgrundbesitze, die diese Grenze überschreiten und nicht zum Wohl des bolivianischen Volkes genutzt werden, können „enteignet" werden. Allerdings: Die Verfassung hat keine rückwirkende Geltung, die Agraroligarchie beginnt bereits, ihre Großgrundbesitze in kleinere Einzeltitel innerhalb der jeweiligen Familie oder auch unter Strohmänner zu verteilen und der Nachweis der mangelnden Gemeinwohl-Orientierung des Privatbesitzes wird sehr schwer zu führen sein. In jedem Konfliktfall werden Fragen abzuwägen sein wie „Ist es gemeinwohlorientierter, Soja für den Export zu produzieren, so die Staatseinnahmen zu steigern, worüber wiederum Armutsbekämpfungsprogramme finanzierbar werden – oder aber zu enteignen und an Landlose zu verteilen?" Der Begriff „Enteignung" entpuppt sich als politischer Kampfbegriff, der von den Eliten als Schimpfwort genutzt wird – und von Morales vielleicht als Beruhigungspille für sein Klientel, das sichtbare Veränderungen erwartet.

Bolivien-Info: Bevölkerung

Bevölkerung:	9,775 Mio. Menschen	
Ethnien:	30%	Quechua
	30%	Mestizen
	25%	Aymara
	15%	Weiße
Städtische Bevölkerung:		66%
Unterhalb der Armutslinie:		60%
MigrantInnen:		2,3 Mio. (Schätzung für 2007)

Quelle: CIA Factbook

Die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds heißen seit einigen Jahren „Armutsbekämpfungsprogramme". Infrastrukturmaßnahmen, die die Anbindung einer abgelegenen Region an den Weltmarkt sichern, dienen vorgeblich der „Armutsbekämpfung". Wenn die Morales-Regierung von Armutsbekämpfung spricht, muss man vor diesem Hintergrund genauer fragen, was sie damit meint bzw. wie sie dieses Ziel erreichen will. Offensichtlich scheint sie das Ziel der Armutsbekämpfung über Partizipation der ärmeren und marginalisierten Bevölkerungsteile erreichen und über eine unverminderte Exportausrichtung und Weltmarktanbindung der Wirtschaft finanzieren zu wollen. Dabei profitierte sie vor allem im Jahr 2008 von den hohen Rohstoffpreisen. Soziale Ausgaben wie eine geringe Grundrente oder ein Mutter-Kind-Bonus konnten so finanziert werden. Aber darf sich eine Wirtschaft, die „Gutes Zusammenleben" zum Ziel hat, vom Weltmarkt abhängig machen? Lassen sich kommunitäre Ziele und privatwirtschaftliche Maßnahmen kombinieren? Geht Morales nicht zu viele Kompromisse ein? Wenn ja: Hat er im kapitalistischen Gesamtzusammenhang überhaupt eine Alternative?

Kritik aus den sozialen Bewegungen

In den sozialen Bewegungen Boliviens nimmt die kritische Diskussion der Regierungspo-

Mädchen am Titicacasee, Bolivien.
Foto: Tabea Huth (CC-BY-SA)

litik zu. Dabei geht es nicht nur um konkrete Konfliktfelder wie z.B. die Umsetzung der Agrarreform, sondern auch um das Verhältnis der Regierung zu den sozialen Bewegungen und Organisationen, die der Regierung den Weg zur Macht geebnet haben. Dass dieses Verhältnis problematisch werden könnte, zeigte sich bei der Benennung der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung, in der ParteivertreterInnen im Vergleich zu den sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle einnahmen.

Während laut einer Analyse Raoul Zibechis (s. Literaturhinweis) die Unterstützung für Morales auf dem Land noch groß ist, so wachsen die Konflikte zwischen den städtischen sozialen Bewegungen und der Regierung. Oscar Olivera, der die Wasserkämpfe mit organisierte, beklagt: „Man hat aus den Augen verloren, dass wir selbst mit unserer Fähigkeit zur Ausarbeitung von Vorschlägen von unten die Verantwortlichen für die Verwirklichung von Veränderungen sind." (Zibechi, S.165) Diese Klage richtet sich sowohl an die Teile der sozialen Bewegungen, die sich jetzt zurücklehnen und sagen „Die Regierung wird's schon richten!", als auch an die Regierungsvertreter wie den Vizepräsidenten Garcia Linera, der eindeutig den Staat als das Mittel der Moderne bezeichnet, mit dem die Interessen des Volkes durchgesetzt werden. Die sozialen Bewegungen, die Familienwirtschaft als ihrer materiellen Grundlage und ihre spontanen Aktionen deklassiert Linera als „Vormoderne".

Raoul Zibechi zitiert Linera so: „Die Zukunft Boliviens ist die Moderne und nicht die Familienwirtschaft. (...) Solange Du nicht die Moderne auf deiner Seite hast, kannst du nicht siegen. Die Vormoderne kann nicht gewinnen. Das Traditionelle und Lokale sind Früchte der Herrschaft. Der Lobgesang auf das Lokale und Traditionelle ist ein Lobgesang auf die Herrschaft. Das Lokale wird von der Weltbank gefördert." (Zibechi, S. 115)

Bolivien-Info: Staatsfinanzen

Staatseinnahmen 2008:	8,044 Mrd. $
Staatsausgaben 2008:	7,341 Mrd. $
Devisenreserven und Gold:	8,012 Mrd. $ (21.7.09) (80% Dollar, 11% Gold)
Externe Schulden:	4,603 Mrd. $

Quelle: CIA Factbook

Vor den Wahlen

Trotz der Differenzen zwischen linker Regierung und Teilen der linken Basis ist kaum zu vermuten, dass diese der alleinige Grund einer Wahlniederlage Morales' und seiner MAS bei den Wahlen am 6.12.2009 wären. Die Alternative – ein Erfolg der von den USA (zumindest unter Busch) unterstützten mächtigen Oppositionspartei Podemos („Wir können!") mit Basis in den reichen Tieflandprovinzen – ist bei allen Differenzen mit der Regierung für die Volksbewegungen sicher nicht reizvoll.

Dennoch ist ein Sieg der Morales-Regierung nicht sicher. Die Opposition verfügt über enorme Finanzen und eine ungeheure Medienmacht: Ca. 85% der Leitmedien befinden sich in der Hand einer Medienoligarchie, die zugleich große Teile der Wirtschaft kontrolliert. Sollte die globale Wirtschaftskrise die Einnahmen Boliviens drastisch reduzieren, könnte Morales zumindest materielle Wahlgeschenke kaum finanzieren. Dann wäre die Frage, ob die Vision eines anderen Boliviens und des „Guten Zusammenlebens" seiner Regierung dennoch die Mehrheit der Stimmen verschafft.

Kirche und säkularer Staat

Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung Anfang 2009 hatte die katholische Kirche, der mehr als 80% der BolivianerInnen angehören, den Status einer Staatsreligion (Art. 3 der Verfassung von 1967). Art. 4 der neuen Verfassung schreibt den laizistischen Charakter des Staates fest. Infragegestellt sind damit einige Privilegien der katholischen Kirche, wie zum Beispiel der Religionsunterricht an staatlichen Schulen, der ihr vorbehalten war.

Trotz dieses Konflikts zwischen dem Staat und den institutionellen Interessen der katholischen Kirche besteht eine inhaltliche Nähe zwischen Regierung und Kirche in den Schwerpunkten von Armutsbekämpfung, Partizipation und Demokratieförderung. Im Sinne der gesellschaftlichen Mitverantwortung verortet sich auch die Partnerschaftsarbeit mit dem Bistum Trier: „Die gesellschaftliche und politische Mitverantwortung gewann einen profilierten Platz in der Partnerschaftsarbeit." – so heißt es auf den Jubiläumsseiten des Bistums.

Woher kommen dann die verbalen Attacken auf beiden Seiten: der ehemalige Bildungsminister Patzi machte schon 2006 Front gegen den katholischen Religionsunterricht, Morales forderte auf dem Weltsozialforum in Belem Anfang 2009 eine „andere Kirche". Auf der anderen Seite zog Kardinal Terrazas im Umfeld des Autonomiereferendums 2008 öffentlich die Möglichkeit von Sklaverei in der Provinz Santa Cruz in Zweifel und ließ die Kirche in den Augen der Regierung als Anwältin der Großgrundbesitzer erscheinen. Und Radio Vatikan veröffentlicht Äußerungen einer italienischen Ordensfrau, Suor Carmelina, die in Bolivien lebt und von Kirchenverfolgung, Gefahr für das Kircheneigentum und dem kommunistischen Weg spricht, der das Volk von der Kirche fernhalten wolle. (13.7.09)

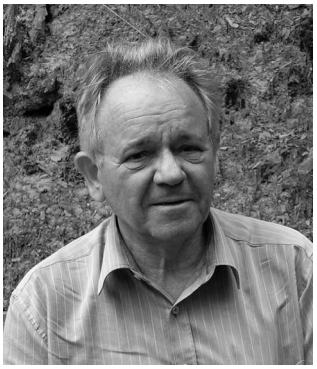
Vielleicht liegt diese Zuspitzung im unsicheren rechtlichen Status der katholischen Kirche in einem laizistischen Staat begründet. Dann könnte das im August 2009 unterzeichnete neue Rahmenabkommen zwischen Staat und Kirche, in dem „die besondere Bedeutung der Kirche beim Kampf gegen die Armut sowie im Erziehungs- und Gesundheitswesen" betont wird, die Wogen etwas glätten.

Über das schwierige Verhältnis zwischen katholischer Kirche, Staat und sozialen Bewegungen in Bolivien wollen wir im nächsten Netz-Telegramm ausführlicher berichten.

Literaturhinweis

Raoul Zibechi, Bolivien: Die Zersplitterung der Macht, Hamburg 2009

Netzmitglieder stellen sich vor



Peter Weinowski, Koblenz

Seit 2008 im Erweiterten Netzvorstand und im AK Theologie

Im Krieg – 1941 – geboren und die Schrecken des Krieges (Flucht aus dem Osten) nur dunkel in Erinnerung, wurde mein Denken durch die Nachkriegszeit geprägt. Unser Vater – ich habe noch einen Bruder – starb 1945 in französischer Gefangenschaft, wir haben keine Erinnerung mehr an ihn. Ein Stiefvater – gewalttätig und unverbesserlicher Nazi – machte aus mir einen zornigen Jugendlichen mit unbändigem Gerechtigkeitssinn. Als Ältester hatte ich viele Auseinandersetzungen mit ihm. Ich war sehr froh, nicht zur Bundeswehr gezogen zu werden, weil ich ohne großes Hintergrundwissen dachte: Militär kann nicht gut sein. Unter Gewalt litt ich, sie war mir ein Gräuel.

Antimilitarismus und Gerechtigkeitssinn begleiteten mich in meinem Leben. Erst nach meiner Frühpensionierung Ende 1998 fand ich die Zeit, mich um andere Dinge als Erwerbsarbeit zu kümmern. Egbert Wisser und Annemarie Stubbe eröffneten mir eine neue Weltsicht, die meinem Wesen und Denken entsprach.

Es begann mit dem Förderverein der psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstelle (jetzt Steg e.V.), der sich mit betreutem Wohnen um alkoholkranke Menschen kümmert. Trotz einer Menge Arbeit, unter anderem immer wieder Auseinandersetzungen mit der Stadt Koblenz um die Anerkennung von Wohnplätzen, hatte ich das Gefühl, endlich mal Sinnvolles zu leisten.

Freude, Genugtuung und Halt bietet mir die Mitarbeit im „Sozialforum Koblenz“, bei den „Christen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Koblenz“, im „Ökumenischen Netz Rhein Mosel Saar e.V.“ und bei Pax Christi.

Mit meiner Frau Sigrid zusammen erlebe ich eine wahre Auferstehung in einer neuen „Denke“, die meine Vorstellungen von einer gerechten Welt ohne Bundeswehr und Krieg bestätigten und verstärkten. Für uns beide ist es spannend, die Zusammenhänge in einer kapitalistisch geprägten Gesellschaft immer mehr zu begreifen, ihre verheerenden Folgen zu sehen und mit unseren bescheidenen Möglichkeiten Menschen zu helfen und für eine Änderung der Verhältnisse zu streiten.

Annemarie Stubbe, Koblenz

Seit 2008 im Erweiterten Netzvorstand

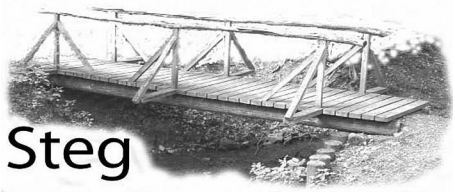
Ich kam 1941 am Niederrhein in einem Arbeiterviertel zur Welt. Unsere Evakuierung in Mitteldeutschland ist mir wohl eher aus Erzählungen als aus eigener Erinnerung im Gedächtnis. Die Kindheit war für alle im Viertel gleich arm und von Überlebenskampf geprägt. Mein Vater war Anstreicher. So hat die Familie keinen Hunger gelitten, da es rundherum viel zu tapezieren und instand zu setzen gab.

Meine behütete Kindheit nahm ein jähes Ende als mein Vater starb. Er nahm meinem 8 Jahre älteren Bruder das Versprechen ab, für mich zu sorgen, bis ich „flügge“ war. Der frühe Verlust des Vaters war und blieb eine schmerzende Wunde in meinem Leben.

Ich hatte das große Glück, durch eine persönliche Krise in späten Jahren wieder Sicherheit und Erfüllung in meinem Leben zu finden. Die Suchterkrankung meines Mannes wurde zur Chance meines Lebens. Mein Mann schaffte den Ausstieg und ich erlebte die Befreiung aus dem Teufelskreis der Sucht.

Die Dankbarkeit für die erhaltene Hilfe ließ uns mit Freunden das „Betreute Wohnen für Suchtkranke“ gründen. In 20 Jahren ist daraus schrittweise der STEG – sozial-therapeutische Einrichtung für Suchtkranke – mit 18 Wohnplätzen geworden. Unser „guter Engel“ von damals – Egbert Wisser – ist heute für die Dipl. Sozialarbeiter des STEG der fachliche Berater und Mentor.

Ich finde nebenher in einigen sozial engagierten Kreisen viele Christinnen und Christen, die mit uns auf dem Weg sind im Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Erhaltung der Schöpfung. Mein Mann und ich haben viele interessante und auch kontroverse Diskussionen über den globalisierten Kapitalismus und die Entsolidarisierung unserer Gesellschaft.



Sozialtherapeutische Einrichtung
für Suchtkranke e.V.

Löhrstraße 53
56068 Koblenz
Telefon 0261/5 0055 16
Telefax 0261/5 0066 30
E-Mail steg@arcor de

Bankverbindung:
Sparkasse Koblenz
(BLZ 570 501 20) 98 103

DIE ZIELGRUPPE

- Abstinente
- Alkoholabhängige
- Medikamentenabhängige
- Drogenabhängige

DAS KONZEPT

Das Betreute Wohnen soll dem Klienten Begleitung und Hilfestellung geben, auf seinem Weg in eine dauerhafte Abstinenz.

Es wird zudem insbesondere die eigenständige Lebensführung (eigene Wohnung, evtl. Arbeitsplatz/ Ausbildung/ Weiterbildung, Umgang mit Behörden usw.) und die Entwicklung sozialer Kompetenzen (wie z.B. die Kooperation und das Arrangement mit den anderen WG-Bewohnern) angestrebt. Die Wiedereingliederung in ein sozial erfülltes Leben soll damit erleichtert und die Abstinenz stabilisiert werden.

Die Aufenthaltsdauer im Betreuten Wohnen ist auf zwei Jahre angelegt – kann jedoch nach dem individuellen Bedarf variiert werden.

Entschuldungsarbeit fair ändern – Die Zukunft des Erlassjahr-Bündnisses

Einladung zur Mitträgerversammlung von erlassjahr.de
06. - 08. November 2009

Fulda, Haus Lioba, Steubenallee 4

Liebe Mitträgerinnen und Mitträger,

12 Jahre nach der Gründung der Erlaßjahr2000-Kampagne steht das aktuelle erlassjahr-Bündnis vor wichtigen Entscheidungen:

In Folge der Wirtschaftskrise sind die Grenzen der bisherigen Entschuldungsinitiativen mehr als deutlich geworden. Spannende Prozesse in der UNO und sogar in den traditionellen Gläubiger-Gremien wie der G20 über ein Schuldenmanagement jenseits der existierenden Verfahren haben begonnen. Bei der von erlassjahr.de und dem Entwicklungsministerium organisierten Podiumsdiskussion zum 10. Jahrestag der Kölner Kette sprach sich auch die Ministerin für die Schaffung eines Internationalen Insolvenzverfahrens aus. erlassjahr.de hat, als Teil der weltweiten Entschuldungsbewegung, einige dieser Prozesse angestoßen.

Gleichzeitig stellt sich für die Engagierten des Bündnisses die Frage nach angemessenen Strukturen und Organisationsformen. Das Bündnis erlassjahr.de ist inzwischen acht Jahre alt. Es nahm bei seiner Gründung 2001 die Strukturen der Erlaßjahr2000-Kampagne (Mitträgermodell, Bündnisrat, Geschäftsstelle, Regionalkoordinator/innen) auf, und stützt sich vor allem auf die Beteiligung, Mitarbeit und auch Ko-Finanzierung durch einen nach wie vor sehr großen Kreis von Mitträgerorganisationen. Mit knapp 800 Kirchen, Gemeinden, Eine-Welt-Gruppen, Läden und Hilfswerken ist erlassjahr.de nach wie vor das größte entwicklungspolitische Bündnis in Deutschland. Gleichwohl sind auch Schwächen der Struktur erkennbar:

Die Zahl der Mitträger nimmt nicht zu, sondern ab - wenn auch sehr langsam;

Nicht alle Mitträger sind gleichermaßen aktiv;

Die zunehmend differenzierten Inhalte der Entschuldungsarbeit sind nach außen oft nur schwer kommunizierbar.

Vor diesem Hintergrund hat die Mitträgerversammlung 2008 die Durchführung einer externen Evaluierung des Bündnisses beschlossen. Deren Ergebnisse werden zur MTV 2009 vorliegen und sollen als Grundlage für eine Grundsatzentscheidung der Mitträger des Bündnisses dienen:

Soll das Bündnis in seiner bestehenden Form fortbestehen, oder soll es – zum Beispiel in Richtung einer Fachstellen-Struktur – verändert oder soll es gar aufgelöst werden?

Diese wichtigen und weit reichenden Entscheidungen möchten wir mit möglichst vielen Mitträgern des Bündnisses zusammen treffen. Deswegen laden wir Sie in diesem Jahr besonders herzlich zur Mitträgerversammlung ein. Sie dauert von Freitagabend, 6. November, bis Sonntagnachmittag, 8. November, und findet ziemlich genau in der Mitte Deutschlands, nämlich in Fulda, statt. Den größten Teil der MTV wird ein Zukunftsworkshop einnehmen, der von den beiden mit der Evaluierung beauftragten Beraterinnen moderiert wird. Daneben wird es aber auch wie immer Informationen zur globalen Entschuldungspolitik und Möglichkeiten zum Kennenlernen und Austausch unter Aktiven aus verschiedenen Teilen des Landes geben.

Wir freuen wir uns auf ein Wiedersehen mit alten Freunden, aber auch über ein Kennenlernen neuer Mitträger und aller Interessierten.

Mit herzlichen Grüßen

Kristina Kühne

Basislohnkampagne Asien

Asiens Basislohn ist ein historischer Versuch, den minimalen menschenwürdigen Lohn von ArbeiterInnen in einer globalisierten Industrie zu konkretisieren.

Asien ist der Mittelpunkt der Bekleidungsindustrie. Die Industrie beschäftigt ca. 100 Millionen ArbeiterInnen, in der Mehrheit Frauen. Die Bekleidungsindustrie ist eine Quelle hoher Einkünfte und Profite für multinationale Konzerne und die Produzentenländer. Im Gegensatz zur Bedeutung der ArbeiterInnen in der globalen Bekleidungsproduktion, erhalten sie keinen fairen Anteil am Wert, den sie produzieren. Sie verdienen ungefähr die Hälfte dessen, was sie für ihre täglichen Bedürfnisse bräuchten.

Asiens Basislohn ist eine regionale Strategie, um die Löhne in der globalen Bekleidungsindustrie zu heben. Er basiert auf Faktoren, die der heutigen globalen Lieferketten-Ökonomie entsprechen. Der Basislohn ist eine Strategie, Armut zu bekämpfen, die ökonomische Entwicklung fairer zu gestalten, für menschenwürdige Arbeitsstandards und für die Besserstellung der ArbeiterInnen, die überwiegend Frauen sind.

Das asiatische Basislohn-Konzept wurde seit 2005 schrittweise entwickelt und formalisiert. Der Prozess führte zu einer internationalen Allianz zur Unterstützung von ArbeiterInnenkämpfen für menschenwürdige Löhne. Heute gehören der Basislohn-Allianz Asiens 70 Gewerkschaften, Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen, entwicklungspolitische NGOs, Frauenrechtsgruppen und AkademikerInnen in 17 Ländern Asiens, Europas und Nordamerikas an. Die Kampagne zielt auf große Handelskonzerne und prominente Marken, um ein faires Teilen des enormen Wertes zu erreichen, den die Arbeit in der globalen Bekleidungskette schafft.

Kampagne für saubere Kleidung

Asiens Basislohn-Kampagne wird global am 7. Oktober 2009, dem Internationalen Tag menschenwürdiger Arbeit der ILO (Internationale Arbeitsorganisation), starten. An diesem Tag sind Aktionen in Indien, Bangladesch, Sri Lanka, Thailand, Indonesien, China und Hongkong geplant. Auch in Europa und den USA gibt es Aktionen. Die zentrale Aktion findet in Delhi / Indien statt.

Quelle: http://www.asiafloorwage.org
Übersetzung: S. Ferenschild

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTAL

Oktober

3.10.09, 14-18h, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Bad Kreuznach

Internationales Begegnungsfest

Veranstalter: AK Asyl Bad Kreuznach und Ausländerpfarramt

3.10.09, 9-21h, Moschee, Dammstraße 2, Konz.

Tag der Offenen Moschee im Rahmen der 1. Interkulturellen Woche Konz

Verantwortlich: Türkisch-Islamische Union Konz

Infos: Caritasverband Trier e.V., Saarburg

Kontakt:
Zuche.Thomas@caritas-region-trier.de

7.10.09, 19.30h, Kulturwerkstatt Remagen (Kirchstr)

Bomben auf Gaza: Verteidigung Israels oder Kolonialpolitik?

Rund zwei Milliarden US-$ will die Welt für den Wiederaufbau Gazas ausgeben, nachdem Israel das palästinensische „Gefängnis" in Schutt und Asche gelegt hat. Rund 1500 Tote, 2500 Verletzte und kein Ende des Konflikts in Sicht.

Referent: Matthias Jochheim/IPPNW - International Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges

Veranstalter: Arbeitskreis für entwicklungspolitische Bildung e.V. Remagen

---

9.-11.10.09, Ev. Akademie Loccum

„... von der Hoffnung, die in uns ist ..." (1.Petr. 3,15)

30 Jahre Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Anmeldung und Infos: Ev. Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: (0 57 66) 81-0

15.10.09, 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Babybananen aus Kolumbien. Friedensgemeinden kämpfen um ihr Überleben

Film und Vortrag von Rudi Pfeiffer / banafair

Infos: KHG Koblenz, Tel.: (02 61) 3 66 35

15.-18.10.09, Wendland

Sozialforum in Deutschland 2009

Infos: www.sozialforum2009.de

16.10.09-18.10.09, Bad Homburg

Mitgliederversammlung und Weltladenkonferenz

Veranstalter: Weltladen-Dachverband e.V.
Infos: www.weltlaeden.de

23.-25.10.09, Seminarhaus „Berg Moriah", Simmern / Westerwald

Mission, Entwicklung und Ökumene/ Solidarität im Wandel der Zeit

25 Jahre Ökumenische Philippinenkonferenz

Infos: Dorothea Seeliger, Jahnstr.82, 56179 Vallendar, Tel. (02 61) 6 33 51, Fax -6 65 21, Mail: doseeliger@t-online.de

November

01.11.09, 10h, Ev. Kirche Linz

Gottesdienst mit Nachgespräch zur Save-me-Kampagne

Im Rahmen der Ökumenischen Friedensdekade „Mauern überwinden“

6.-8.11.09, Haus Lioba, Steubenallee 4, Fulda

Entschuldungsarbeit fair ändern – Die Zukunft des erlassjahr-Bündnisses

Mitträgerversammlung von erlassjahr.de

Infos: www.erlassjahr.de

Fulda, Haus Lioba, Steubenallee 4

9.11.09, 17h, Gedenktafel Sichelstr. 36, Trier

Stadtrundgang „Trier in der NS-Zeit“ zur Reichsprogromnacht

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. AG Stadtrundgang

Kontakt: Friedenzentrum - AGF, Pfützenstraße 1, 54290 Trier, Tel.: (06 51) 9 94 10 17, E-Mail: agf-trier@t-online.de

Internet: http://www.agf-trier.de

11.11.09, 19.30h, Schauburg-Kino Neuwied, Dierdorfer Str. 2

In this world – Aufbruch ins Ungewisse

Filmvorführung im Rahmen der Ökumenischen Friedensdekade „Mauern überwinden“

Veranstalter: Minski, Save-me-Kampagne Neuwied

14.11.09, 11-14h, Luisenplatz Neuwied

Aktionsstand der Save-me-Kampagne Neuwied

14.11.09, 9.30-16.30h, Brüderkrankenhaus Trier

Studientag zu Migration und Asyl

ReferentInnen: Karl Kopp / Pro Asyl, Marie Weber / LAG Asyl, N.N. / Caritas Saar/ Herbert Böttcher / Pastoralreferent N.N., Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche

Veranstalter: Katholikenrat im Bistum Trier

16.11.09, 19.30h, Neuwied

Die Situation von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer

Ein Erfahrungsbericht von Kapitän Stephan Schmidt / Cap Anamur

Veranstalter: Save-me-Kampagne Neuwied

Infos: schaening@diakonie-neuwied.de

19.11.09, 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Tatort Bergbau. Rasante Industrialisierung bedroht das Überleben der Adivasi.

Vortrag: Johannes Laping

Veranstalter + Infos: KHG Koblenz, Tel.: (02 61) 3 66 35

21.11.09, 9.30-16h, Koblenz

Netz- und Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes

Infos: Netzbüro, info@oekumenisches-netz.de

Dezember

1.12.09, 19.30h, Aktion 3% Weltladen Föhren, Hauptstr. 15

Bolivien in der Krise – Bolivien vor den Wahlen

Referentin: Sabine Ferenschild / Ökumenisches Netz

Infos: Weltladen Föhren, Haupstr. 15, 54343 Föhren

8.12.09, 19h, Aula der St.-Martin-Schule Remagen

Vietnam – Land der Gegensätze

Vortrag mit Lichtbildern über die sozialistische Republik Vietnam auf dem Weg in den Kapitalismus

Vortrag: Frank Bliss, Remagen

Veranstalter: AEB e.V. Remagen, VHS Remagen

10./11.12.09, ab 18h, Mainz, Erbacher Hof

Mitgliederversammlung von ELAN und Studientag zur Beschaffungspraxis in Nichtregierungsorganisationen und Kirchen

Veranstalter: ELAN e.V.

Kontakt: info@elan-rlp.de

Januar

21.01.10, 19.30 Uhr – KHG, Rheinau 12

Bluthandel

Referent: Siegfried Pater

Veranstalter + Infos: KHG Koblenz, Tel.: (02 61) 3 66 35

Februar

5./6.2.2010, Rheinland

„Nicht systemrelevant: Der Mensch“

Gemeinsame Tagung der Ökumenischen Netze und Gruppen im Rheinland zur kapitalistischen Wirtschaftskrise

Infos: info@oekumenisches-netz.de

19.-20.02.10, Ev. Akademie Rheinland, Bonn

Tagung zum Thema Klimaänderung

Veranstalter: Ev. Akademie Bonn

Infos: barbara.vellrath@akademie.de

Mauern überwinden

Ökumenische FriedensDekade 2009

8.-18.November

Das diesjährige Motto soll das Augenmerk auf die vielen Mauern lenken, die auch heute noch Menschen voneinander trennen.

„Schnupperpaket“ PLUS (mit Materialmappe, Poster, Aufkleber, Gottesdienstentwürfen, Gebetsleporello, CD-Rom, Aktionsmaterial etc.) ist zum Preis von 16,90 Euro zzgl. Versandkosten zu bestellen bei:

Ökumenische FriedensDekade
c/o Knotenpunkt e.V.
Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück
E-Mail: material@friedensdekade.de

Weitere Infos und Bestellungen unter:

www.friedensdekade.de

Ökumenisches Netz
Rhein – Mosel – Saar e.V.
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
56564 Neuwied
Tel. 0 26 31 – 35 41 40
E-Mail info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

An den Vorstand
des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1
56564 Neuwied

AUFNAHMEANTRAG

Ich / Wir beantrage(n) hiermit die Aufnahme in das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar e.V. ab ..... 20..... .

Der Mitgliedsbeitrag pro Jahr beträgt z.Zt. 35 Euro für Einzelpersonen und 125 Euro für Organisationen, Gruppen usw. (Ermäßigung ist auf Antrag an den Vorstand möglich; ebenso ist ein gegenüber dem regulären Beitrag erhöhter Förderbeitrag möglich!).

.....
Vor- und Zuname(n) bzw. Name der Organisation / Gruppe

.....

.....
Adresse

.....
Telefon Telefax

.....
Datum Unterschrift/en

Ich erteile dem Ökumenischen Netz e.V. nachstehende Einzugsermächtigung. ☐
Ich richte bei meiner Bank einen Dauerauftrag ein. ☐
Ich überweise in den nächsten Tagen. ☐

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit bevollmächtige ich den Verein „Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar“, meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von .....€ ab dem ..... jährlich von meinem Konto Nr.: ..... BLZ: ..... beim Geldinstitut..... ..... abbuchen lassen. (Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen.)

.....
Datum Unterschrift/en

Das Ökumenische Netz vernetzt Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen im nördlichen Rheinland-Pfalz und im Saarland. Im Rahmen des Konziliaren Prozesses setzt es sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Das Netz ist als gemeinnützig anerkannt. **Bankverbindung:** Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, BLZ 570 501 20.